



VON VIRGINIA KIRST

Rechnen mit Salvini

Die Behauptung: Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) dient dazu, deutsche und französische Banken zu retten – während Italien bei Bedarf kein Geld erhalten würde.

Der Absender: Matteo Salvini, Chef der rechtspolitischen Lega-Partei, der bis September Innenminister Italiens war und jetzt Oppositionsführer ist.

Die Wahrheit: Wie der Wirtschaftsprofessor Roberto Perotti in der italienischen Tageszeitung „La Repubblica“ vorrechnet, ist der ESM in der Vergangenheit vor allem dazu eingesetzt worden, Griechenland vor der Staatspleite zu bewahren. Zwar haben auch Banken der Euro-Zone von Hilfgeldern profitiert, an deutsche und französische Banken gingen aber nur 17 Prozent der ausbezahlten Hilfen – und italienische Banken profitierten ebenfalls davon. Auch der Vorwurf, Italien hätte aufgrund seiner hohen Staatsverschuldung selbst keinen Zugang zu den ESM-Hilfen, dementiert Perotti. Im Rahmen des ESM könnten drei Arten von Anleihen gewährt werden, so der Ökonom. Italien erfülle für zwei davon die Kriterien und beim dritten Typ würden auch Deutschland und Frankreich die Berechtigungsprüfung nicht bestehen. Wahr ist außerdem, dass keine so unmittelbare Entscheidung zu der ESM-Reform ansteht, wie Salvini es suggeriert. Über die Reform wird frühestens Anfang kommenden Jahres entschieden werden.

Der Hintergrund: In der EU wird gerade über die Reform des ESM diskutiert, der 2012 eingerichtet worden war, um EU-Staaten in Schwierigkeiten mit Krediten auszuhelfen. Salvini Kritik entzündete sich an dem Plan, den ESM künftig auch als letzte Sicherheit für den Bankenrettungsfonds nutzen zu können, in den europäische Banken aktuell einzahlen, um mit den Geldern im Notfall vor einer Pleite gerettet werden zu können. Salvini, der sich in der Vergangenheit nicht mit Aussagen zu Finanzpolitik hervorgetan hat, will mit Anti-EU-Rhetorik Wähler auf seine Seite ziehen, da Ende Januar in der Region Emilia-Romagna Wahlen anstehen. Denn seit er im September aus der Regierung ausgeschieden ist, aber keine Neuwahlen erzwingen konnte, verfolgt er die Strategie, alle anstehenden Regionalwahlen für sich zu entscheiden. Damit will er zeigen, dass die Regierungskoalition aus sozialdemokratischer PD und populistischer Fünf-Sterne-Bewegung nicht vom Wählerwillen legitimiert ist. Im Oktober in Umbrien gelang ihm das zuletzt.

Die Konsequenz: Salvini kümmert sich nicht darum, dass seine Behauptung als Lüge enttarnt wurde, und verbreitet sie weiter. In sozialen Medien betreibt er unter #StopESM eine Kampagne, und am Wochenende sammelte er bei Wahlkampfveranstaltungen in Norditalien Unterschriften gegen die Reform.

Macrons Mehrfrontenkampf

In diesen Tagen, da Frankreich wieder stillsteht, vom Massenstreik lahmgelegt, von Aufmärschen blockiert, schaut ein Teil der Welt mit einer gewissen Schadenfreude auf Emmanuel Macron. Kann es sein, dass auch in Deutschland mancher den einstigen Jungstar und Hoffnungsträger unter den europäischen Staatsoberhäuptern heimlich scheitern sehen will?

VON MARTINA MEISTER
AUS PARIS

Weil er, der draußen in der Welt auf allen Hochzeiten tanzen will, noch nicht einmal den eigenen Laden zu Hause im Griff hat? Wer so denkt, bekommt seit einem Jahr, seit Aufkommen der Gelbwesten-Bewegung, reichlich Nahrung. Womöglich hat nun schon Macrons Endspiel um den Erfolg oder das Scheitern seiner Ambitionen begonnen.

Seit einigen Wochen, bereits vor dem großen Aktionstag am Donnerstag,

W er die Offiziersmesse einer Kaserne des Südkommandos der Israelischen Verteidigungsstreitkräfte (IDF) betritt, könnte meinen, die mächtigste Armee des Nahen Ostens stünde kurz vor dem Bankrott. Kommandanten speisen hier in einer mehr als 100 Jahre alten Scheune aus Zeiten des Osmanischen Reiches. Im Winter tropft der Regen durch das Dach auf die alten Gemäuer und bildet Pfützen neben dem Buffet, das Offizieren die gleichen schlichten Salate und fettigen Schnitzel bietet wie den unteren Rängen. „Unsere Armee ist nicht verwöhnt“, sagt dazu Brigadegeneral der Reserve Sasson Hadad. „Sie weiß, dass das Geld in erster Linie dazu dient, die Truppe kampfbereit zu halten.“

VON GIL YARON
AUS TEL AVIV

Doch wenn es zum Kampf kommt, können die Offiziere aus der maroden Kantine auf enorme Ressourcen zurückgreifen: Batterien des Raketenabwehrsystems „Iron Dome“, Hunderte Scharfschützen, Luftunterstützung von den modernsten Drohnen der Welt und Geschwader der F-35, des fortschrittlichsten Kampfflugzeugs der Welt. Im Notfall können sie innerhalb weniger Stunden ganze Panzerdivisionen auffahren. All das macht zwar nur einen kleinen Teil der Kampfkraft der IDF aus, ist aber bereits weitaus schlagkräftiger als die gesamte Bundeswehr. Bei der ist nur „ein Drittel der Kampfflugzeuge startklar“, der Einsatz von mehr als 3300 Soldaten brächte sie „schnell an ihre Schmerzgrenze“, sagt General a.D. Erich Vad, ehemaliger militärpolitischer Berater der Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Mit einem stehenden Heer von rund 170.000 Soldaten sind IDF und Bundeswehr in etwa gleich groß, obschon Deutschland zehnmal mehr Einwohner hat als Israel. Die IDF agiert in ganz Nahost, ist ständig kriegsbereit. Sie hat doppelt so viele Kampfflugzeuge, allesamt funktionstüchtig. Im Notfall kann sie umgehend mehr als 400.000 Reservisten mobilisieren und

diese wochenlang aus Notdepots mit Munition versorgen. Die Bundeswehr kann heute höchstens eine kampfbereite Brigade aufstellen. Im Ernstfall reicht ihre Munition laut Vad für zwei Gefechtstage. Dabei ist ihr Etat mit jährlich rund 43,2 Milliarden Euro dreimal höher als der der IDF. Wie gelingt den Israelis das?

Man dürfe Äpfel nicht mit Birnen vergleichen, warnt Hadad, der einst als Finanzberater des Stabschefs der IDF und Leiter der Haushaltsabteilung des Verteidigungsministeriums diente und heute am Nationalen Institut für Nationale Sicherheitsstudien in Tel Aviv arbeitet: „Eine der größten Wirkungs-

variablen, die die Fixkosten einer Armee beeinflussen, ist die Größe des Territoriums, das verteidigt werden muss.“ Da Deutschland 16-mal größer ist als Israel, müsse die Bundeswehr mehr Infrastruktur instand halten. Zudem profitiere die IDF von der Wehrpflicht: „Berufssoldaten sind viel teurer als Wehrpflichtige“, sagt Hadad. Während die Bundeswehr 170.000 Gehälter zahlen muss, beschäftigt die IDF nur 40.000 Berufssoldaten. Die erhalten oft ein niedrigeres Gehalt als Kameraden anderer Armeen. Der Rest der Truppe besteht aus Rekruten, die bis zu drei Jahre dienen, für einen Sold von rund 250 Euro im Monat.

Deutlich besser in Schuss

Israels Armee ist in etwa so groß wie die Bundeswehr. Allerdings wesentlich effektiver. Dabei geben die Israelis viel weniger für Verteidigung aus als die Deutschen. Wie funktioniert das?



Israelische Apache-Hubschrauber zeigen in der Negev-Wüste, was sie können

Die Wehrpflicht bietet der IDF weitere Vorteile. Während bei der Bundeswehr laut Vad 20.000 Stellen unbesetzt bleiben, gewährt die Wehrpflicht der IDF „Zugriff auf Eliten. Wir kommen leicht an Hochbegabte für kritische Posten, ohne dass wir mit dem freien Markt konkurrieren müssen“, sagt Hadad. Rekruten sind trotz ihres Niedriglohns hoch motiviert, erhalten sie doch schon in jungen Jahren enorme Verantwortung und sammeln Erfahrungen fürs spätere Berufsleben. 19 Jahre alte Jungen und Mädchen bedienen Systeme, die Millionen wert sind, und realisieren in Eigenverantwortung Projekte von strategischer Bedeutung.

Das mag waghalsig klingen, funktioniert aber überraschend gut: „Bei der Entwicklung neuer Technologien sind wir effizienter als jede andere Armee der Welt“, sagt Hadad. Siebzig Prozent der Projekte münden in Erfolg, im Vergleich zu höchstens zehn Prozent in anderen Militärs: „Unser Raketensystem Iron Dome hätte das Zehnfache gekostet, hätten die Amerikaner es entwickelt“, schätzt er. Im Gegensatz zu anderen Armeen gelangen unerprobte Waffensysteme schnell an die Front: „Das verkürzt die Entwicklungszeit. Fehler sind erlaubt. Nichts ist am Anfang perfekt, aber damit können wir gut umgehen.“ Im Vergleich dazu spricht Vad von einer „dramatisch hohen Regulierungsdichte“ in der Bundeswehr. Es gebe „Zehntausende von Vorschriften und Erlassen. Wer handelt, verstößt eigentlich immer gegen irgendeine Regel.“ Das minimiere Initiative, fördere Untätigkeit und ein „weit verbreitetes Absicherungsgedanken, vor allem bei höheren Dienstgraden“. Trotz der hohen Etats sei „der investive Anteil des israelischen Wehr-etats signifikant höher als der deutsche“, so Vad. Daraus ließe sich leicht ableiten, dass „die Finanzausstattung der Bundeswehr nicht das alleinige Problem in Deutschland war und ist“.

Die IDF war nicht immer so effizient. Bis in die 1970er-Jahre verschlang sie ein Drittel des Staatshaushalts. Lang wurde dieser Zustand mit dem Motto „Kanonen statt Strümpfe“ gerechtfertigt: Wo täglich ums Überleben gekämpft wird, stand Wehrhaftigkeit stets an erster

Stelle. Offiziere erhielten Top-Gehälter, gingen bereits mit 45 in den Ruhestand. Doch ab den 1990er-Jahren wurde das wirtschaftlich untragbar. Regierungen schwenkten auf Sparkurs. Jetzt erhält die Armee nur noch rund 5,5 Prozent des Staatshaushalts, Polizisten verdienen heute mehr als Kampfsoldaten. Unternehmensberater halfen der Armee, harte Reformen durchzusetzen. Die Bürokratie wurde stark reduziert, Richtlinien gestrafft. Einst mussten alle Fahrzeuge im exakt selben Braun lackiert sein. Heute dürfen Autos jede Schattierung von Braun tragen. „Hauptsache, der Preis stimmt“, sagt Hadad. Das spart jährlich Millionen. Doch der wichtigste Wandel war, selbst kleinen Einheiten große wirtschaftliche Autonomie einzuräumen. Die IDF bildet Offiziere auch als Manager aus, drillt auf Effizienz. „Wir haben Anreize fürs Sparen geschaffen, ein Teil des Ersparnis verbleibt in den Einheiten zur freien Verfügung“, sagt Hadad. Davon kann man in der Bundeswehr nur träumen. Hier begrenze „die von den Streitkräften unabhängige Wehrverwaltung, ein im Grunde gesetz verankertes Relikt der Nachkriegszeit, die Finanzhoheit“ der Frontsoldaten, meint Vad. Es herrsche ein „ineffizientes Verhältnis“ von Kampfruppen zum Logistikapparat mit „überbordender Wehrverwaltung“. „In der Ministerialbürokratie und den höheren Kommandoebenen gibt es Hunderte Entscheider, aber nur wenige Verantwortliche.“

Doch der ehemalige General sieht auch in der Haltung der Truppe ein entscheidendes Problem. Für israelische Offiziere „ist die Armee der Lebensmittelpunkt. Soldat sein ist kein Job, sondern eine Berufung mit dem Ziel, das Überleben der eigenen Familie abzusichern“, sagt Hadad. Die hohe Motivation ihrer Kader hilft, Kosten zu senken und kampffähig zu bleiben. Die Bundeswehr sei hingegen von einer „Beamtenkarrierementalität geprägt“, mit reichlich Bürokratie und Absicherungsmentalität, meint Vad. Das gelte vor allem fürs „Verteidigungsministerium, im Beschaffungswesen und für die viel zu vielen hohen Ämter, Stäbe und Kommandoebenen. Es gibt zu viele Hauptlinge ohne klare Verantwortlichkeiten und zu wenig Indianer.“

Um das zu verändern, gelte es, wie in Israel die Streitkräfte in der Gesellschaft zu verankern und „den Gedanken der Verteidigungsbereitschaft aller aufrechtzuerhalten“. Es sei höchste Zeit für einen „gesamtgesellschaftlichen Konsens“, der bestimme, „wofür wir die Bundeswehr eigentlich brauchen: Für was und wen ist sie da, und gegen wen muss sie notfalls kämpfen können?“ Für ihn ist deshalb die wichtigste Lektion, die Deutschland von der IDF lernen kann, dass vor allem mehr Willen und Rückhalt in der Bevölkerung notwendig wären, um die Bundeswehr wieder kampffähig zu machen.



Der französische Präsident hat Ärger zu Hause. Seine Gegner in Europa frohlocken schon über sein Scheitern. Womöglich zu früh

streiken und marschieren Lokführer und Lehrer, Ärzte und Anwälte, Polizisten und Feuerwehrmänner; auch die Studenten melden sich zurück. Sie mögen alle ihre guten Gründe haben, konkrete Forderungen sind dennoch wenige zu hören. Zu erleben ist die Neuiszenierung eines altfranzösischen Stücks: Das Volk, revolutionär und konservativ zugleich, geht auf die Straße, damit alles schön beim Alten bleibt.

Rentenreform? Ja, unbedingt, aber bitte nur, wenn sich für keinen etwas ändert. So widersprüchlich geht es häufig zu in Frankreich. An der Frage, wie man ein Volk von konservativen Revolutionären reformiert, sind deshalb schon andere gescheitert. In diesen Tagen wird gern an die Ereignisse von 1995 erinnert, als die Regierung des Präsidenten Jacques Chirac den Kampf um Reformen krachend verlor. Damals traf es den ebenso jungen wie brillanten Premierminister Alain Juppé, der die Rentenreform zurücknehmen musste, um den Volkszorn zu besänftigen. Wird Juppés eigenen politischen Ziehsohn, den heutigen Premierminister Édouard Philippe, das gleiche Schicksal ereilen? Und Macron? An ihm könnte sich die militärische Weisheit bewahren, dass, wer an allen Fronten verteidigt, den Krieg bereits verloren hat. Ein Blick auf den Terminkalender des Präsidenten verrät, an wie vielen Fronten er allein in dieser Woche zu kämpfen hatte.

Am Montag, als er sich eben vor den dreizehn Särgen in Mali gefallener Soldaten verneigt hatte, kündigte US-Präsident Donald Trump an, Strafzölle auf französische Luxusgüter einzuführen. Am Dienstag führte Trump den Franzosen vor der Weltpresse vor, als er ihm in einer Pressekonferenz die laue Wirtschaftsleistung Frankreichs um die Nase schmierte und die „Yellow Vests“ nicht unerwähnt ließ. Danach traf Macron auf den türkischen Präsidenten Recep Erdogan, der nicht der Nato, sondern ihm, dem Franzosen, den „Hirntod“ diagnostiziert hatte. Am Mittwoch musste Macron beim Londoner Nato-Gipfel den Verdacht zerstreuen, dass er das transatlantische Bündnis nicht reformieren, sondern abschaffen will.

Der Donnerstag, 5. Dezember, war in Macrons Kalender seit Langem als Streiktag gegen die Rentenreform schwarz angestrichen. Am Abend wusste er, dass er das Kräfteressen fürs Erste verloren hatte: Mehr als 800.000 Leute waren auf die Straße gegangen. Weniger, um gegen eine Reform zu demonstrieren, deren genaue Linien noch keiner kennt, als um gegen einen Präsidenten aufzustehen, dessen Reformen vielen gegen den Strich geht. Am Freitag stand Macron wieder vor drei mit der Trikolore bedeckten Särgen: Bei der Flutkatastrophe im Südosten Frankreichs waren drei Feuerwehrleute mit dem Hubschrauber abgestürzt. Am Wochenende muss sich Macron auf das Treffen mit Angela Merkel, dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem Ukrainer Volodymyr Selenskiy vorbereiten, die am Montag in Paris zum ersten Mal zusammentreffen.

So sah Macrons Woche aus. Er kann über mangelnde Arbeit nicht klagen. Aber wer ihn heute abschreibt, wird sich morgen schon wieder über seine Kraft wundern. Denn bei Licht betrachtet steht der Ausgang der vielen Kämpfe dieser Wochen, zumal der innenpoliti-

schen, fifty-fifty oder besser für den Élysée-Palast. Die spektakulären Bilder von Streikenden und Rauchgranaten in den Pariser Straßen sollten niemanden vergessen lassen, dass Macron als Reformen gewählt wurde und ihm dafür eine absolute parlamentarische Mehrheit verliehen ist. Seine Gegner auf internationaler Bühne vergessen das gern und mit Vorsatz. Erdogan, Putin, Trump – ausgerechnet diese drei – wünschen Macrons außenpolitische Schwächung durch den Ärger im eigenen Land. Macrons europäische Kollegen sollten diesen Fehler nicht machen. Macron ist es, der in Europa ein neues Kapitel der Außenpolitik eröffnet hat. Ihm verdankt es sich, dass der Kontakt zu Trump und zu Putin nicht abgebrochen ist. Auch die Nato-Debatte ist, Wortwahl hin oder her, überfällig. Die Kollegen sollten ihm deshalb ein bisschen Arbeit abnehmen, statt den stillen Neid in laute Schadenfreude zu verwandeln. Angela Merkel vorneweg.